

109-6-85

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR	
Došlo	
Či.	109-6/85
Přílohy	1 karta

11 listů

15. 9. 2009 Jemi

Sicherheitsdienst RFSS
SD-Leitabschnitt Prag

C

1 Abschrift.
73
Prag, den 10. November 1939.

GEHEIM!

An die
Reichsverkehrsstelle für
Binnenschifffahrt,
z.Hd. SS-Sturmbannführer Baubin
P r a g .

Betr: Tschechoslovakische Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft,
P r a g .

Vorg: ohne


Anlg: 1

In der Anlage wird ein hier eingegangener Bericht über die Haltung der tschechoslowakischen Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung übermittelt. Die Übersendung des Berichtes erfolgt nach Rücksprache des SS-Untersturmführers Dr. Schmidt mit SS-Hauptsturmführer Josef Adolf Urban, Chef der Betriebswirtschaftskontrolle der I.DDSG, Wien.

Es wird gebeten, den Bericht nach Einsichtnahme wieder zurückzustellen.

i.V. Unterschrift

SS-Sturmbannführer

F.d.R.d.A.


Die Deutschen bei der Cechoslovakischen Donauschiffahrts-AG.1. Einleitung.

Durch das Bestreben der Slowaken, jenes Unrecht gutzumachen, welches jahrelang auf dem Gebiete der Slowakei von dem zentralistischen Regime begangen wurde, sowie jene sachlichen und persönlichen Hindernisse abzuschaffen, welche dem Willen der verjüngten Slowakei in ihrem Lande kulturell, sozial, wirtschaftlich und politisch frei und selbständig leben zu dürfen, in den Weg geschoben wurden, wurde auch dem deutschen, in der Slowakei lebenden Volke die Pflicht auferlegt, überall behilflich zu sein, wo es im Interesse dieses schönen Landes, hauptsächlich jedoch im Interesse des wünschenswerten freundschaftlichen Zusammenlebens des deutschen und slowakischen Volkes liegt.

Es ist gar kein Geheimnis, daß sowohl in den historischen Ländern, als auch in der Slowakei die deutsche Minderheit sich nicht jener Rechte und Vorteile freuen dürfte, welche ihr nicht nur gesetzlich gesichert wurden, sondern auch aus dem Titel ihrer Zugehörigkeit zur großen kulturell hochstehenden und für das wirtschaftliche Zusammenleben bedeutenden benachbarten Volksgemeinschaft gebührt. So war es nicht nur auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtslebens, sondern auch selbst im Wirtschaftsleben. So war es insbesondere bei jenen Unternehmungen, auf welche das zentralistische Regime und die Staatsverwaltung einen gewissen Einfluß ausüben konnten, welche eine solche nationale Personalpolitik nicht zulassen wollten, die unter gegebenen Umständen sowohl vom Standpunkte der allgemeinen Objektivität und Gerechtigkeit als auch vom Standpunkte der politischen Besonnenheit und Zweckmäßigkeit einzig richtig gewesen wäre.

Es hat viele solche Unternehmungen in der Slowakei gegeben, auf welche man in dieser Hinsicht hinweisen könnte. Wir behalten uns vor, bei einer anderen Gelegenheit auf dieselben zurückzukommen. Heute sehen wir uns gezwungen, auf die Cechoslovakische Donauschiffahrts-A.G. in Preßburg aus dem Grunde aufmerksam zu machen, da die nationalen und andere, die Personalpolitik bei diesem Unternehmen betreffenden Probleme auf eine Art gelöst wurden und noch heute behandelt werden, welche eine rasche und unaufschiebbare Abhilfe erheischen.

Es tut uns leid, wenn wir auf dieses Unternehmen, welches erst vor kurzer Zeit in rein slowakische Hände übergegangen ist, schon heute hinweisen müssen. Wir sind aber dazu durch den Umstand gezwungen, da die Leitung desselben sich in Händen solcher Personen befindet, welche durch ihre traurige Vergangenheit belastet sind und bezüglich welcher selbst die Art ihrer Machtergreifung nach einer gründlichen Revision ruft, welche für die wünschenswerte Änderung der bestehenden Verhältnisse keine volle Gewähr bieten können, abgesehen davon, daß diese Personen zur verlässlichen, rationellen und kommerziellen Führung nicht die entsprechenden Fähigkeiten und Fachkenntnisse besitzen.

2. Die Historie und Zweck der Angriffe.

Man wird sich auf jene Angriffe erinnern können, welche seinerzeit und jahrelang gegen die Cechoslowakische Donauschiffahrts-AG. seinerzeit aus einem bestimmten Zentrum mit großer Vehemenz und Rücksichtslosigkeit geführt wurden.

Den ersten Anlaß dazu wurde von Herrn Bohus Sebera, dem jetzigen Vorstand der Organisationsabteilung der Direktion dieses Unternehmens gegeben. Dieser Herr, welcher - wie wir weiter noch erwähnen - gezwungen war, seinen früheren Dienstposten bei diesem Unternehmen wegen verschiedener Vorkommnisse zu verlassen und welcher bei keiner Unternehmung wegen seines Benehmens länger aushalten konnte, hat es verstanden, die gute Gelegenheit dazu auszunützen, um sich mit den anderen Unzufriedenen zu rächen und sich selbst, sowie seinen Helfern wieder gute Posten zu beschaffen.

Es gelang ihm unter Zusage der Wiederaufnahme alle jene ehemaligen Angestellten, die wegen Dienstvergehen aus den Diensten des Unternehmens gekündigt oder entlassen waren und unter Zusage der künftigen Besserung ihrer Stellung, verschiedene tschechische und slowakische Angestellte des Unternehmens ~~und~~ sich zu gruppieren, welche ihm in jeder Hinsicht behilflich waren.

Von den slowakischen Beamten ist uns besonders der Name des jetzigen Personalreferenten der Direktion des Unternehmens der Johann Dr. Gasperik hervorzuheben, welcher zufolge dieser seiner Diensterteilung die beste Gelegenheit hatte in die Personalpolitik des Unternehmens Einsicht zu nehmen, verschiedene Daten zu sammeln, Schriftstücke zu entnehmen oder von denselben die Abschriften bzw. Aufnahmen zu machen, um dieses Material für die geplante Aktion zu verwenden. Dies hat er selbstverständlich hinter dem Rücken seiner Vorgesetzten (Dr. Cerny) gemacht, und als er wegen seines nachgewiesenen Vorgehens von dem Verwaltungsrate der Gesellschaft strafweise ins Ausland versetzt wurde, hat man seinen unmittelbaren Vorgesetzten (Dr. Cerny) von politischen Kreisen aus die Schuld zugeschoben, daß er den Slowaken verfolgt. Dieser Herr Dr. Gysperik soll bei der Polizeidirektion in Preßburg ein ständiger Gast gewesen sein.

Es ist selbstverständlich, daß das Hauptziel aller dieser Angriffe jene Personen waren, welche bei den gekündigten oder entlassenen Angestellten unbeliebt oder den aktiven Angestellten bei der Befriedigung ihrer persönlkchen großen Aspirationen ein Hindernis waren. Diese Personen mußten abgeschafft und durch andere ersetzt werden.

Um ihre Position zu stärken, war es das Bestreben der Intriganten für ihre Ziele auch die Persönlichkeiten des politischen Lebens zu gewinnen, was ihnen auch in der Person des Abgeordneten der nationalsozialistischen Partei, des Vertrauensmannes des gewesenen Präsidenten Dr. Benesch, Igor Hrusovs ky bald gelungen war. Da seine Partei diesen unfähigen Politiker nicht mehr brauchen konnte, wurde er von ihr gezwungen,

sich irgendwo eine Existenz zu sichern, wobei ihm diese ihre Mithilfe versprach. Man braucht sich nicht zu wundern, daß Herr Hrusovsky das Angebot eines Generaldirektors bei der Dunajplavba sowie die Mithilfe der sozialistischen Presse mit großer Freude angenommen hatte, umsomehr, als er große Schulden hatte und so die Möglichkeit sah, dieselben auf irgendeine Art auf das Unternehmen abzuschieben. Es wurden auch aus gewissen Kreisen im Verwaltungsrate der Gesellschaft solche Versuche sowohl zu Lebzeiten Hrusovskys als auch nach seinem Ableben gemacht, jedoch erfolglos. Es würde sich lohnen, aus den Protokollen über die Sitzungen des Verwaltungsrates festzustellen, wer solche Anträge gestellt hat.

Hrusovsky war sich dessen gut bewußt, daß er ohne Mithilfe anderer politischer Persönlichkeiten nicht so leicht zu seinem Ziele kommen werde. Als Protestant war es ihm nicht so schwer für seine Aktion andere Protestanten in verschiedenen politischen slowakischen Parteien unter dem Vorwande zu gewinnen, es handelte sich darum, das Unternehmen in "Slowakische Hände" zu bekommen.

Als sich die Intriganten die Unterstützung der gewissen politischen Kreise gesichert hatten, war es Ihnen nicht mehr schwer, die Angelegenheit auch im Parlamente zu erörtern und dadurch die Objektivität bestimmter Staatsbeamter in den Zentralbehörden, welche auf die Entwicklung der Vorgänge bei der Dunajplavba dienstlich einen Einfluß ausüben konnten, total zu brechen oder wenigstens dieselben zur vollen Passivität zu zwingen. Die Wenigen, die sich tapfer verhielten und sich nicht fügen wollten, wurden in den Zeitungen und auch im Parlament mit Drohungen angegriffen, daß gegen sie sowohl ein Straf- als auch ein Disziplinarverfahren eingeleitet würde, wenn sie schon früher nicht pensioniert wurden (z.B. Minister Ing. Roubik, Ministerialrat Stanek, Sektionschef Dr. Ottis u.a.)

Eine wirklich traurige Rolle hatte dabei die Polizeidirektion in Preßburg gespielt. Diese Behörde von sozialistischen Parteien und Freimaurern am stärksten beeinflußt, hat es leider nicht verstanden, volle Objektivität zu bewahren. Diese Behörde war es, welche von den in der Dunajplavba verzweigten Spitzelorganisation verschiedene unwahre Berichte gesammelt hatte und - ohne daß sie jede einzelne Anzeige ihrem Grunde nach überprüft hätte - dieselbe sofort den höheren Behörden als Tatsache meldete. Diese Behörde war es auch, welche den Angestellten des Unternehmens - wie es beim Arbeitsgerichte in Preßburg durch Zeugenaussagen bestätigt wurde - ausdrücklich verboten hatte, über einen internen Vorfall der Verwaltung des Unternehmens Mitteilung zu machen. Dieses Vorgehen der Polizeidirektion befremdete umsomehr, als die Verwaltung von ihr und von anderen Staatsbehörden öfters aus dem Grunde angegriffen worden war, daß sie die ihr unbekanntem Vorkommnisse nicht untersucht hatte. Auf diese Weise hat die Polizeidirektion die Autorität der Verwaltung eines 51% staatlichen Unternehmens, sowie die Disziplin untergraben. Als sich die Direktion des Unternehmens über diese Vorgangsweise einer Staatsbehörde bei höheren Stellen beschwert hatte, wurden einzelne Beamte wegen dieser ihrer Kampfstellung noch persequiirt (Dr. Cerny).

3a

Die Hauptsorge aller dieser Intriganten war es jedoch, für ihre Ziele auch den Ministerpräsidenten Dr. Hodza zu gewinnen. Das war nicht schwer. Eines Tages erschien im "Slowak" ein Artikel, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß bei der Dunajplavba ein Exekutionsantrag auf Sicherung einer Forderung von KČ 100.000.- gegen den "Generaldirektor" Hrusovsky eingelangt sei und in welchem auch erwähnt wurde, daß eine Person, welche ihre Privatsachen nicht in Ordnung halten kann, unmöglich auf einen derartigen Vertrauensposten eines Generaldirektors gestellt werden könne. Die Folge war einerseits, daß Hrusovsky für den genannten Posten nicht mehr als Kandidat in Betracht kommen konnte und daß andererseits die Intriganten jetzt bei dem slowakischen Flügel der Agrarpartei Hilfe suchten und diese auch unter der Einflußnahme des Ministerpräsidenten Dr. Hodza in der Weise und unter der Bedingung versprochen erhielten, daß der Posten des Generaldirektors dem Ing. Vl. Droppa als Agrarier und Protestanten, zugesichert und für den Abgeordneten Hrusovsky der Posten eines gut bezahlten nichtstuenden "amtierenden" Verwaltungsrates geschaffen wurde.

Substanz aller Angriffe kann man wie folgt zusammenfassen:

1. Bei der Gesellschaft waren viele Veruntreuungen vorgefallen und selbst die leitenden Beamten wurden wegen Korruption grundlos verdächtigt.

2. Die kommerzielle Leitung der Direktion war schlecht, da die Direktion dieselbe mehr in der deutsch-ungarischen Mentalität als in jener der Kleinen Entente geführt hatte.

3. Die Deutschen und Ungarn bei der Gesellschaft hatten in jeder Hinsicht einen Vorzug, obwohl sie vom Standpunkte der Staatssicherheit nicht ganz verlässlich waren.

4. Die Gesellschaft beschäftigt sehr viele Pensionisten der gewesenen öst. ung. Kriegsmarine und des Heeres, welche unverlässlich sind.

5. Die Korrespondenz wird ausschließlich in deutscher Sprache geführt.

6. Für alles waren nicht nur leitende Funktionäre, sondern auch der Verwaltungsrat, Aufsichtsrat und Regierungskommissär verantwortlich.

Eine Abhilfe sollte durch die Verstaatlichung des Unternehmens geschaffen werden, was dann auch nach außen hin aus militärischen, in der Wirklichkeit jedoch aus persönlichen und politischen Gründen von Dr. Hodza forciert, sowie auch durch seine Gesetzgeber durchgeführt wurde.

Was die obenerwähnte schlechte kommerzielle Leitung anbelangt, müssen wir schon jetzt betonen, daß die neue Leitung des Unternehmens (Ing. Droppa und Sebera), welche sich selbst bei ihrem Dienstantritte gegen die Kartell- und Tariftgemeinschaft mit den deutschen und ungarischen Schiffahrten lange Zeit hindurch ziemlich exponiert hatten, der alten Leitung mit großem Dank verpflichtet waren, da die von der alten Leitung abgeschlossenen Kartelle-

und Tarifverträge sich als eine gesunde und für das Unternehmen zufolge der letzten politischen Ereignisse sehr günstige Basis für die weitere Kooperation mit der großen deutschen Schifffahrt gezeigt haben. Eine andere Politik ist auch für die Zukunft hin für die Dunajplavba überhaupt nicht denkbar.

III. Die Tätigkeit der Untersuchungskommission.

Mit Rücksicht auf die Atmosphäre, welche in der Öffentlichkeit durch solche Angriffe hervorgerufen wurde, entschloß sich der Verwaltungsrat der Gesellschaft im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten Dr.Hodza, eine aus den Vertretern der einzelnen Ministerien zusammengesetzte Kommission mit der Untersuchung aller angezeigten Vorfälle zu betrauen. In diese Kommission wurden Vertreter des Finanzministeriums (als Präses), des Handelsministeriums, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten und des Verteidigungsministeriums bestimmt.

Es war die allgemeine Ansicht, daß diese Kommission alle Beschwerden streng objektiv untersuchen und das Ergebnis sowohl dem Verwaltungsrate der Gesellschaft als auch der Staatsverwaltung zwecks definitiver Entscheidung vorlegen werde. Der Verwaltungsrat im vollen Vertrauen zu dieser Kommission hat davon Abstand genommen, einen Vertreter als Vertrauensmann zu entsenden, was zu bereuen ist.

Die ganze Kommission befand sich leider vollkommen in der Gefangenschaft der politisch interessierten Sphäre, konnte und durfte nicht einmal objektiv sein und konnte infolgedessen nicht ein solches Ergebnis garantieren, welches der Wahrheit und den Tatsachen entsprechen dürfte. Es würde sich sehr lohnen, eine neue Kommission mit der Untersuchung der Tätigkeit der damaligen Untersuchungskommission zu betrauen.

Schon die Zusammensetzung dieser Kommission - wie es sich im Laufe der Untersuchung gezeigt hatte - hat einen Zweifel über ihre Objektivität erweckt. Ein Mitglied, Angehöriger der am günstigen Ergebnisse für den Abgeordneten Hrusovsky der Untersuchung sehr interessierten politischen Partei, soll sich schon von allem Anfange an mit der Absicht befaßt haben, einen gut bezahlten Posten bei der Dunajplavba für seinen beim Eisenbahnministerium angestellten und zufolge der bei dieser Behörde bekannten Vorkommnisse einen Abbau abwartenden Verwandten zu beschaffen, welcher Posten bei der Dunajplavba durch Abbau einer anderen Person erst freigemacht werden sollte. Von einem anderen Mitglied wurde bekannt, daß er sofort nach seiner Betrauung in der Kommission ein Ersuchen um die Ernennung zum künftigen Generaldirektor gestellt hatte. Vom dritten Mitglied wurde bekannt, daß er schonfrüher in einem sehr freundschaftlichen Verkehre mit dem Führer der Aufrührer, d.i. mit dem Bohus Sebera, gestanden ist und daß er dem Herrn Sebera gegenüber zu gewissen Gegendiensten verpflichtet war. Dies hatte H.Sebera selbst bei verschiedenen Gelegenheiten im Kreise seiner Bekannten behauptet u.zw. in der Weise, daß er diesen Vertreter "in der Hand" habe.

Selbst die von der Kommission angewendeten Methoden konnten keine Garantie für ihre Objektivität bieten. In dieser Hinsicht könnten wir auf folgende Umstände hinweisen:

4a

a) Es ist bekannt, daß einzelne Mitglieder der Kommission insbesondere der Präses, Herr Sektionschef des Finanzministeriums Blažek, in unwürdigem ständigen Kontakte mit den Anstiftern in verschiedenen Lokalitäten, insbesondere im Kaffee "Metropol" gestanden sind, um dieselben über das jeweilige Untersuchungsergebnis - wie sub b) erwähnt - zu benachrichtigen.

b) Um das objektive Ergebnis der Untersuchung zu sichern hat der Verwaltungsrat den beschuldigten Personen verboten, während der Dauer der Untersuchung auf die Zeitungsangriffe zu reagieren. Dieses Verbot - von den Beamten streng eingehalten - wurde jedoch von der anderen Partei dazu mißbraucht, um in der Presse verschiedene Artikel zu bringen - wenn auch verdreht - welche auf das jeweilige Untersuchungsergebnis einen Bezug hatten. So muß man mit Recht annehmen, daß die Kommissionsmitglieder die Vertraulichkeit nicht eingehalten hatten.

c) Alle Behauptungen der Anstifter wurden immer von der Kommission als wahr und unantastbar angenommen, selbst wenn sie erlogen waren und widerlegt worden sind. Dagegen wurde den Aussagen der Beschuldigten nie Glauben geschenkt und dieselben lediglich mit sarkastischen Bemerkungen aufgenommen.

d) Es ist bekannt, daß insbesondere der Präses der Kommission, Sektionschef Blažek, und der Vertreter des Verteidigungsministeriums, Major Bartík, sich gegen die Beschuldigten auf eine Art benommen haben, welche mit ihrer Dienststellung, Würde und Betrauung - nämlich objektiv zu untersuchen und nicht gleich ein Urteil zu fällen - kaum im Einklang war. Es wurde gebrüllt, mit dem Einsperren und Konzentrationslagern gedroht, jeder Antrag auf eine Konfrontation abgewiesen, die Ehre der Einzelnen angegriffen und sind Fälle bekannt, bei welchen ein beschuldigter Beamter nach einem solchen Verhör weinend von diesem total zusammengebrochen zurückgekommen ist, ohne überhaupt wegen seiner Nervenerschütterung sprechen zu können. Das hat Herr Sektionschef Blažek sehr gut verstanden.

e) Die Kommission hat alle Vorfälle von der Vergangenheit bis zum Jahre 1921 untersucht, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß einerseits die Beschuldigten sich auf einzelne Vorkommnisse, umso mehr auf Details derselben, überhaupt nicht mehr erinnern konnten, andererseits, daß sich die Verhältnisse in den vergangenen Jahren, in welchen nachweislich ein Mangel an erfahrenen Schiffsleuten der csl. Nationalität herrschte, ganz anders gestaltet haben und mit Unrecht diese Verhältnisse mit der Brille der Gegenwart beurteilt wurden.

f) Die Kommission hat einige ganz vereinzelte Vorfälle dazu benützt, um dieselben wissentlich und tendenziös zu verallgemeinern.

Als die Untersuchung beendet wurde, hat der Verwaltungsrat, als einziges gesetzlich verantwortliches Organ, sich umsonst bemüht, die Untersuchungsakten in seine Hände zu bekommen. Erst nach einigen Urganzen und nach langer Zeit wurden ihm die Akten als "streng vertraulich" mit dem Bemerkten übergeben, daß niemand von den Beschuldigten vom Inhalte derselben etwas er-

fahren dürfe, obwohl in den Sekretariaten der sozialistischen Parteien dieselben jedem zugänglich waren.

Auf diese Weise wurde über viele Personen ein Urteil gefällt, welches sich nicht nur nicht wehren konnten, sondern bis zum heutigen Tage nicht erfahren dürfen, was sie verbrochen haben, obwohl sie persecuiert wurden und werden. Schon dieser Umstand ist ein genügender Beweis dafür, daß die Kommission und die Anstifter kein reines Gewissen haben und daß sie alles daransetzen, damit die reine Wahrheit nicht an das Tageslicht käme.

Dieser Vorgang steht in krassem Widerspruch nicht nur mit dem in der ganzen Welt gut bekannten Prinzip der čsl. Demokratie, sondern auch mit den Grundsätzen jedes Straf- oder Disziplinarverfahrens, bei welchem vor dem Urteile dem Angeklagten die Klage bekanntgegeben und demselben die Gelegenheit zur Verteidigung gegeben wird. Das war der Fall der Klassenjustiz.

In seinem 720 Seiten umfassenden Bericht hatte die Kommission folgenden "Schluß" gefaßt:

Aus den in diesem Abschnitte enthaltenen Ergebnissen erhellt, daß

1. das höhere Personal des Land- und Schiffsdienstes größtenteils aus pensionierten gewesenen österr. Marineoffizieren (Beamten) besteht, welche manchmal bis heute keine notwendige Qualifikation besitzen,

2. die überwiegende Mehrheit derselben der deutschen Nationalität oder wenigstens österreichisch-deutschen Mentalität sei,

3. die Statistiken der Angestellten der Gesellschaft, insbesondere jene der höheren in nationaler Hinsicht unrichtig waren, wodurch die Verhältnisse bei der Dunajplavba zu Gunsten des čsl. Elementes verzeichnet wurden,

4. Von der Unrichtigkeit dieser Statistiken - wenigstens von dem überwiegenden Teil - die Direktion Kenntnis hatte und daß von den obersten Behörden diese unrichtigen Statistiken zur Kenntnisnahme vorgelegt wurden,

5. die Direktion nicht immer rechtzeitig oder ordentlich ihre Pflicht den čsl. Staatsbehörden gegenüber erfüllt hatte und manchmal grundlos ihnen gegenüber eine "Kampfstellung" eingenommen hatte und daß dadurch die erforderliche Harmonie nicht vorhanden war.

6. Da Amtieren bei der DPS von der Mehrheit des führenden Schiffspersonales und fast von allen Agentien nur deswegen deutsch geführt wurde, da diese führenden Kräfte bis jetzt die čsl. Sprache nicht beherrschen,

7. den Angestellten von der Direktion die deutschen Behelfe statt der tschechischen aufgezwungen wurden,

8. vor Tschechen und Slowaken Angestellte anderer Nationalität manchmal auch weniger qualifizierte, in den Dienst aufgenommen wurden und daß regelmäßig die Angestellten der fremden Nationalität früher als Tschechen oder Slowaken befördert wurden,

9. die Direktion beim guten Willen schon längst viele fremde Staatsangehörige bzw. viele vom Standpunkte der Staatssicherheit weniger verlässliche čsl. Staatsangehörige einer anderen Nationalität durch qualifizierte und verlässlichere Kräfte ersetzen konnte,

5a

10. auf den Posten der Kommandanten die Leute einer anderen als ösl. Nationalität belassen wurden, welche gegen ihrer öfteren und groben Übertretungen (auch wegen wiederholter grober Betrunkenheit im Dienste) zu diesen so verantwortungsvollen Funktionen ganz unfähig waren, womit die Aufnahme der qualifizierten ösl. Kräfte verhindert wurde.

11. in der Direktion mit zweierlei Ellen in der Hinsicht gemessen wurde, daß deutsche und ungarische Angestellte wegen derselben Übertretungen bedeutend milder als tschechische oder slowakische Angestellte bestraft wurden, weiters auch deutsche und ungarische Angestellte wegen vieler Übertretungen überhaupt nicht bestraft wurden, wogegen tschechische und slowakische Angestellte bedeutend strenger, wenn auch ungerecht bestraft wurden (Fall Rosa)

12. Die Angehörigen der fremden Nationalitäten wegen Beschimpfung und groben Benehmen den tschechischen und slowakischen Angestellten gegenüber nicht bestraft wurden und diesen Tschechen bzw. Slowaken für den Fall einer Beschwerde mit der Entlassung gedroht wurde,

13. vom Standpunkte der Staatssicherheit geklärte Straffälle (Fall Jung, Felix) nicht ordentlich untersucht und infolgedessen auch nicht bestraft wurden.

In dieser Hinsicht ist die Kommission zur Überzeugung gekommen, daß die in dem Memorandum der slowakischen Gesetzgeber enthaltenen Vorwürfe im Ganzen begründet sind.

Schon aus diesem Resultate, welches von 90% bewußte Unwahrheiten enthält, ist sofort ersichtlich, wie die Kommission voreingenommen war und es ist kein Wunder, wenn sie sich selbst scheute, dieses Werk dem Verwaltungsrate vorzulegen. Es ist uns nicht möglich, auf alle Punkte gründlich einzugehen und dieselben zu widerlegen. Wir werden es aber gerne tun, wenn es notwendig erscheint, wobei wir auch Belege vorlegen werden. Heute wollen wir uns auf folgende Hauptlinien beschränken.

a) Das Ergebnis der Untersuchung erweckt den Anschein, daß die Deutschen und Ungarn im Verhältnis zum ösl. Nationalelement eine privilegierte Stellung hatten, wobei man nicht vergessen darf, daß es nur deshalb angeführt worden ist, um einen Grund zur Persekution zu haben. Wenn man bei der Beurteilung der Frage der Nationalität jedes Einzelnen nach objektiven Grundsätzen und nicht nach der wesentlich falschen Mentalität der Untersuchungskommission vorgegangen wäre, würde man zu einem ganz anderen Resultate kommen, als die Kommission angibt, denn

b) die Kommission hat jeden für einen Deutschen gehalten, der entweder die Frau als eine Deutsche geheiratet hatte oder selbst eine deutsche Schule (wenn auch nur ein Jahr hindurch oder aus den Familiengründen) besucht hatte usw. oder wer sein Kind die deutsche oder ungarische Sprache lernen ließ.

c) Die Kommission hat wesentlich und tendenziös alle einzelnen vorgekommenen Fälle (wie z.B. Benützung der deutschen Behelfe; die deutsche Korrespondenz, das deutsche Schiffskommando) verallgemeinert, trotzdem solche Fälle einzeln nachgewiesen und begründet wurden.

d) die Kommission hat jeden Deutschen und Ungarn zum Staatsfeind ohne jede Begründung erklärt und dasselbe Schicksal hat auch alle Pensionisten des gewesenen Heeres oder der gewesenen Kriegsmarine betroffen, obwohl nachgewiesen wurde, daß der größte Teil dieser "Staatsfeinde" im Jahre 1920 selbst von dem Ministerium für Nationale Verteidigung der Dunajplavba zwecks der Indienstnahme als "sehr verlässlich" wärmstens anempfohlen wurden. Ist es einer Staatsbehörde würdig, wenn sie bestimmte aktive Personen nur deswegen für ein anderes Staatsunternehmen aus dem Grunde wärmstens anempfiehlt, um einerseits diese los zu werden und andererseits jedoch plötzlich sie als "unverlässlich" zu bezeichnen und zu persekuieren?

e) die Kommission hat wissentlich keine Rücksicht auf jene Angaben und Beweise genommen, welche zu Gunsten der Beschuldigten waren, umso mehr, wenn man bedenkt, daß diese Leute das Unternehmen gegründet, organisiert und lange Zeit mit Erfolg geführt haben. Es kann vorgekommen sein, daß diese Leute während der ganzen Zeit als Menschen auch gewisse Fehler begehen konnten, es ist jedoch unstrittig, daß sie sich um das Unternehmen mehr verdient haben und diese eventuellen Fehler in kein Verhältnis zu ihren Verdiensten gebracht werden können.

f) Der Endzweck dieses Resultates ist darin zu suchen, daß alle Deutschen und Ungarn ohne Unterschied sowie jene, welche für Deutsche und Ungarn gehalten wurden, oder ihnen gegenüber sich objektiv verhalten haben, aus der Dunajplavba abgeschafft werden müssen.

Mit diesem Ergebnisse konnten nur die Anstifter zufrieden sein und man darf sich nicht wundern, wenn sich bei der Beurteilung dieses Resultates bestimmte Schwierigkeiten ergeben haben, bevor man die praktische Konsequenz ziehen konnte.

Aus der Interpellation der sozialistischen Abgeordneten Nr. 271 im Senate vom 26.6.1936 ist zu ersehen, daß der Ministerpräsident Dr. Hodza schwere Verhandlungen mit der mit 49% Aktien an der Dunajplavba beteiligten Bankgruppe führen mußte, um den Widerstand der Banken, welche sich für die mit dem Untersuchungsergebnis betroffenen Personen gegen die eklatanten Unrechte exponiert haben, unter den Umständen führen mußte, welche zwecks richtiger Beurteilung der damaligen Situation auch geklärt werden sollten.

Aus derselben Interpellation ist weiters zu ersehen, daß mit welchen Schwierigkeiten selbst die Anstifter bei jenen Staatsbeamten kämpfen mußten, welche sich ihrem Einfluß nicht fügen wollten und welche gegen die Lügen ganz offen gekämpft haben, welche mit den Klagen und im Disziplinarwege ihre Ehre mit vollem Erfolge schützen mußten.

Daß selbst in den der Dunajplavba nahestehenden Kundenkreisen das Resultat der Untersuchung eine Verwunderung hervorgerufen hat, beweisen Artikel in verschiedenen Zeitungen, insbesondere jener im "Hospodarsky rozhled" vom 10.4.1936, welche Fachzeitung unter dem Titel "Eine unaufschiebbare Entscheidung über die Donau" u.a. wie folgt, schreibt:

6a

"Es ist ebenfalls gut bekannt, daß von bestimmten Fachkreisen das Gutachten der Kommission einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Es wurde angeführt, daß die geschäftliche und technische Überleitung in ösl.Händen sich befindet, daß auch unter den Kapitänen der größte Teil verlässliche Tschechoslowaken sind und die bisherigen Mängel nach und nach durch den, nur mit verlässlichen Tschechoslowaken ergänzten Nachwuchs beseitigt werden. Es sind zwei Standpunkte zusammengestoßen: der eine, welcher eine radikale Änderung verlangt, der zweite, eine Kontinuität wünschend, sofern keine unzweifelhaften Beweise über die unrichtige Leitung vorhanden sind. Nur am Rande dieses Streites wird darauf hingewiesen, was für einen Wert die eigentlichen Vertreter des Staates in dem Verwaltungs-oder Aufsichtsrat gehabt hätten, welche in den Beschuldigungen erschienen sind, wenn auch die Finanzgebarung einer außerordentlichen Kontrolle des Obersten Kontrollamtes unterworfen ist.....

Die Hauptschwierigkeit bildet freilich der Streit um die Direktion der Gesellschaft und es ist wirklich ein Schade, daß diese heikle Frage, welche eine streng sachliche Lösung fordert, verpolitisiert und für die parteiseitigen und persönlichen Interessen aufgeblasen wurde. Wie bekannt, ist hier ein abgewiesener Abgeordneter mit seiner Kandidatur auf dem Direktorenposten. Es ist weiters hier die Sezession der Angestellten der Schiffahrtsgesellschaft in eine separate neutrale Fachorganisation von der Fachorganisation einer mächtigen politischen Partei, was zur Folge hatte, daß bestimmte Faktoren hier etwas schwärzer sehen, als es notwendig ist. Es ist jedoch nötig, daß eine sachliche Untersuchung nicht durch Politik verfärbt wird."

IV. Die Folgen der Untersuchung.

Welche Konsequenzen hatte man aus dieser Untersuchung gezogen?

Abgesehen von einer teilweisen Änderung in der Zusammensetzung des Verwaltungsrates, in welchem von 4 neuen Personen 3 Protestanten eingetreten sind, mußte in erster Reihe die Existenz des Abg.Hrusovsky in der Weise gesichert werden, daß er zum amtierenden Verwaltungsrat mit einem verpfändeten Monatsgehalt von K^ö 4.000.- auf Antrag der anderen Kollegen Protestanten, insbesondere des Ministerpräsidenten Dr.Hodza, ernannt worden ist. Wie diese Ernennung in der Öffentlichkeit aufgenommen wurde, beweist der "Slowak", welcher zu dieser Tatsache wie folgt Stellung am 13.10.1936, nahm:

"Die Dunajplavba hatte am Montag ihre Generalversammlung, welche nur von der Seite interessant war, daß in Vertretung des 51% Aktien besitzenden Staates vier neue Männer in den Verwaltungsrat gekommen sind: Igor Hrusovsky, der Polizeidirektor Dr. Stefánik, Ing. Karlicky und Ing. Hugo Vavrecky. Robotnické Noviny" konstatieren, daß außer dieser Änderung alles beim alten geblieben ist.... Jetzt weiß man nicht, inwieweit die Frage des Präsidenten des Verwaltungsrates gelöst worden ist und ob man in der Prophezeiung der slowakischen Öffentlichkeit so weit gehen wird, daß der Posten des Präsidenten des Verwaltungsrates mit Igor Hrusovsky besetzt wird. Wir fragen: Wegen dieser Sache war die ganze Revolution? Darum die ganze Verräterei, die Schandemacherei vor der Öffentlichkeit, die Verachtung? Ist es überhaupt einer slowakischen Presse würdig, daß sie auf diese Weise den Posten für einen Menschen eintreibt, welchen die nationalsozialistische Partei loswerden wollte? Sonderbare, aber die Regierungsgesellschaft charakterisierende Sachen".

Gleichzeitig wurde auf Wunsch des Herrn Dr. Hodza auf den Posten des Generaldirektor-Stellvertreters, Ing. Droppa gesetzt, obwohl dieser Herr bisher nicht nur mit dem Wasser- sondern mit dem Autotransport als Vertreter der Tatraverke zu tun hatte und für den neuen Posten gar keine Erfahrungen und Fachkenntnisse besitzt, außer daß er auch Protestant und Anhänger der Agrarpartei ist und daß er in den Tatraverken für den Schwiegersohn des Ministerpräsidenten Dr. Hodza seinen Posten freimachen mußte. Es war auch zum erstenmale, daß diesem jungen Beamten schon gleich bei der Aufnahme von der Dunajplavba auf Staatskosten eine Pension gesichert werden mußte, von welcher ~~sixx~~ um das Unternehmen wirklich verdiente frühere Funktionäre nicht einmal träumen durften.

Nach kurzer Zeit wurde auch H. Bohus Sebera als Vorstand der Organisationsabteilung der Direktion aufgenommen. Dieser Herr war es, der - wie schon früher erwähnt - das ganze Komplott geführt und den Plan zur Ausrottung aller ihnen unbequemen Personen ausgearbeitet hatte, insbesondere jener, welche als Zeugen seiner "berühmten" Tätigkeit bei der Agentie Novi Sad waren.

Es kann nicht geschildert werden, mit welchen Methoden die vorerwähnten Herren gegen solche Personen gearbeitet haben. Niemand von ihnen hat sich geschämt, selbst jene Mittel anzuwenden, mit welchen nur Verbrecher zu arbeiten pflegen, um in erster Reihe gegen den Generaldirektor Ing. J. Prokop und den kommerziellen Direktor Buchta vorzugehen. Man hat diese in der ganzen Umgebung und Kundenkreisen sowie in Kreisen der ausländischen Schifffahrtsunternehmungen als reine Charaktere bekannten Personen wissentlich grundlos der Korruption beschuldigt, sodaß sie gezwungen waren, im Klagewege Satisfaktion zu erlangen. Auf diese Weise waren auch beide Herren gezwungen, den Dienst bei der Dunajplavba zu verlassen, da es ihnen unmöglich war, mit solchen Intriganten unter einem Dache weiter zu dienen. So wurde der vom Ing. Droppa längst ersehnte Posten eines Generaldirektors und eines kommerziellen Direktors frei, welcher erster bis heute trotzdem aus bestimmten Gründen unbesetzt geblieben ist.

4a

Wir wollen uns nicht näher mit den Persekutionen anderer in Preßburg und im Auslande gut bekannten Personen befassen, welche als Tschechen nur deswegen verfolgt wurden, da sie sich getraut haben, entweder die nationalen Fragen objektiv zu lösen und den Methoden des damaligen Polizeiregimes zu opponieren oder den Aspirationen anderer Anstifter im Wege zu stehen.

Uns können nur jene Fälle interessieren, bei welchen die Angestellten wegen wirklicher oder "angenommener" Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft verfolgt worden sind. Hieber gehören insbesondere folgende Fälle:

1. Tragisch war der Fall des Beamten der nautischen Abteilung der Direktion, Alfons Zajíc. Dieser stille, begabte und fleißige Beamte wurde im Büro eines Tages verhaftet und sofort mit seiner Frau ins Gefängnis nach Prag gebracht, obwohl sein einziges kleines Kind mit hohem Fieber bettlägerig war, sodaß der bei der Verhaftung der Frau anwesende Arzt gezwungen war, dasselbe in ein Sanatorium zu überführen. Später haben um das Kind die Bürokollegen heimlich gesorgt. Einige Monate wurde er mit seiner Frau deswegen in Haft gehalten, daß er von seinem von früher her gut bekannten Kollegen, einem csl. Offizier, in Preßburg, zum Nachtmahl eingeladen war, bei welchem eine der Spionage verdächtige Dame anwesend war. Dieser Offizier wurde rechtskräftig freigesprochen. Kapitän Zajíc hat auf das Ergebnis dieses Prozesses in Haft mit seiner Frau warten müssen und wurde endlich das Strafverfahren sowohl gegen ihn als auch gegen seine Frau rechtskräftig eingestellt. Darauf ließ ihm, als Reserveoffizier, das zuständige Militärkommando mitteilen, daß es nicht einmal notwendig wäre, ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten. Der freigesprochene Offizier hatte wieder seinen Dienst angetreten, gegen den Kapitän Zajíc jedoch hat der Verwaltungsrat Hrusovsky auf Veranlassung des Personalreferenten Dr. Gasperik, einen ablehnenden Standpunkt eingenommen und trotz zähen Widerstandes des Verwaltungsrates blieb zum Schluß nichts anderes übrig, als diesen unschuldigen Familienvater und wirklich braven Beamten zu kündigen, da er von Hrusovsky als Staatsfeind bezeichnet wurde. Dieser Beamte ist von allem Anfange an in Diensten der Dunajplavba gestanden. Die Verhaftung sollte aus Anlaß des Herrn Sebera erfolgt sein.

2. Das zweite Opfer dieser Verfolgung war der Schiffskapitän Eduard Reichert. Sein Verbrechen: Reichert als Deutscher und Schriftführer der im Rahmen der Dunajplavba neu gegründeten neutralen unpolitischen Angestelltenorganisation, hat sich gegen eine andere sozialistische Organisation exponiert, was unter diesen Umständen von derselben nicht geduldet werden konnte. Reichert war leider auch ein gewesener östt. Offizier, was auch schon ein Grund zur Verfolgung war. Er hatte die Kadettenschule gemeinsam mit Mit-

gliedern der Habsburgerfamilie in Hainburg besucht und über diesen Habsburger hatte er versucht, einen Artikel zu schreiben zwecks Veröffentlichung in einer Wiener Zeitung, in welchem Artikel er seine Erinnerungen an denselben im Lichte eines wahren und in der Habsburgerfamilie ungewöhnlichen Demokraten geschildert hatte. Der Entwurf dieses Artikels wurde ihm jedoch von einem der Anstiftergruppe angehörenden Beamten im Büro gestohlen und später der Untersuchungskommission übergeben. Reichert ist auf diese Weise ein gefährlicher "Monarhist" geworden. Außerdem wurde er mit Unrecht des Menschen schmuggels aus Ungarn in die Tschechoslowakei beschuldigt. Das alles war für die mächtigen Herren in der Dunajplavba ein genügender Grund, diesen csl.Staatsbürger und Familienvater (2 Kinder) nach langjähriger zufriedienstellender Dienstzeit zu kündigen. Es blieb jedoch nicht dabei. Von Dr.Gasperik wurde - damit Reichert keinen Posten bekäme - entweder aus strafbarer Böswilligkeit oder aus bei einem Jurisdoktor unbegreiflichen Unkenntnis der Gesetze, in das Dienstzeugnis die Bemerkung aufgenommen, daß er aus den Diensten entlassen worden sei. Dies hinderte Reichert auch eine bestimmte Zeit daran, einen Posten zu bekommen. Und dieser Reichert war dem Unternehmen gegenüber noch so anständig, daß er nicht wegen Schadenersatz klagte.

Als es ihm gelungen war, vorübergehend einen Posten bei der Preßburger Filiale der Firma Schenker & Co. zu bekommen, haben die Sadisten bei der Dunajplavba noch bei der Zentrale dieser Firma in Prag gegen Reichert intrigiert. Reichert konnte nur dem Direktor der Preßburger Filiale, einem Juden (Dr.Schick) dafür dankbar sein, daß dieser - da er die Verhältnisse bei der Dunajplavba aus gegenseitigen Geschäftsbeziehungen sehr gut kannte - seine Existenz unter Bedrohung seiner eigenen Stellung bei seinem Unternehmen gerettet hatte.

Während der Kündigungsfrist bei der Dunajplavba hat sich für Reichert die Gelegenheit gegeben, einen Posten bei der englischen Schifffahrt, welche ihre Repräsentanz damals in Wien hatte, zu bekommen. Als er eines Tages im Wege der Dunajplavba aufgefordert wurde, noch am selben Tage zwecks Besprechung der Aufnahmebedingungen nach Wien zu kommen, hat sich Reichert an den damaligen Gen.Dir.Ing.Prokop mit dem Ersuchen gewendet, ihm einen für die Grenzüberschreitung bei dem Schifffahrtsunternehmen behördlich bewilligten Dienstauftrag auszustellen, da die Gültigkeit seines Reisepasses abgelaufen war. Gen.Dir.Prokop war bereit, seiner Bitte entgegenzukommen, wurde aber daran durch den Dr.Gasperik und Verwaltungsrat Hrusovsky verhindert. Bei der darauf folgenden persönlichen Rücksprache des G.D.Prokop mit Hrusovsky, welche knapp vor Büroschluß zur Mittagsstunde stattgefunden hat, hat es sich herausgestellt, daß Hrusovsky von jemanden (Dr.Gasperik)schlecht und in der Hinsicht informiert war, daß Reichert aus dem Grunde nach Wien fahre, um einen Posten bei der Repräsentanz der Dunajplavba in Wien anzutreten, was Hrusovsky mit Rücksicht auf Reicherts Kündigung nicht zulassen konnte. Hrusovsky hat darauf selbst den Generaldirektor Prokop ersucht, den Dienstauftrag auszustellen, was jedoch nicht mehr möglich war. Reichert, im Bestreben, die Aufforderung nicht zu versäumen, und in der Sorgfalt um seine Familie, ging in der Mittagspause in die Kanzlei der Dunajplavba, um dort die Gültigkeit eines

8a

abgelaufenen Dienstauftrages, den er bei sich zuhause gefunden hatte, mit der Stampiglie des Unternehmens und seiner eigenen Unterschrift, weiter zu verlängern, was bei der Einreise nicht einmal beanständet wurde. Er wäre ebenso unbehelligt wieder auch nach Preßburg gekommen, wenn nicht Hrusovsky mit Dr. Gasperik, die von der eigenmächtigen Gültigkeitsverlängerung erfahren haben, bei der Polizeidirektion in Preßburg eingeschritten wären. Beide Herren fuhren noch am selben Nachmittag mit einem Bürofräulein in die Wohnung des Hrusovsky, wo sie eine Strafanzeige gegen Reichert wegen vermutlichem Spionageverdacht zusammenstellten und diese dann zur Polizei brachten. Auf Grund dieser Anzeige wurde dann Reichert bei der Rückkehr in Marchegg verhaftet und als Verbrecher in das Polizeigefängnis in Preßburg gebracht. Aus dieser Haft wurde er erst nach erfolgter Hausdurchsuchung und nach dem Verhör einiger Personen, als es sich herausgestellt hatte, daß es sich um eine harmlose Sache handelt, wieder entlassen. So ein Sadismus dieser Herren ...

3. Interessant ist auch der Fall des Kapitän Felix Jung, welcher als Deutscher nach langjähriger Dienstzeit ebenfalls gekündigt wurde. Auch bei diesem war es der Hauptfehler, daß er ein Deutscher und daher "unverläßlich" war, obwohl er bei den Schiffsbesatzungen beliebt war. Eines Abends mußte er wegen Nebels bei einem kleinen deutschen Orte mit seinem Schiff auf der Donau stehen bleiben und den Morgen abwarten. Im Gasthaus, wo er mit seinen Kadetten (einem Tschechen) und dem Maschinisten (einem Tschechen) genachtmahlte, suchte sie ein Beamter der deutschen Hafenverwaltung auf - da er sie der Uniform nach zur Schiffsahrtsunternehmung gehörig erkannte - um über verschiedene Stromverhältnisse nachzufragen. Als dieser Beamte von seiner Tischgesellschaft, in welcher sich auch deutsche Offiziere, bzw. Unteroffiziere befanden, zu ihrem Tisch zurückgerufen wurde, fragte er den Kapitän Jung, ob sie erlauben würden, daß seine Gesellschaft sich zu ihrem Tisch hinsetze, was Jung aus selbstverständlichen Höflichkeitsgründen nicht zurückweisen konnte. Da jedoch die Sperrstunde nahte, stellte der Beamte dem Kapitän den Antrag, sich auf sein Schiff zu begeben. Der Kapitän hatte diesen Antrag auch nicht zurückgewiesen, umsomehr, als es ihm daran lag, mit dem Beamten im Interesse des Dienstes und der Gesellschaft auf gutem Fuße zu stehen und außerdem keine Gefahr vorhanden war, daß irgendwelche Geheimnisse am Schiff verraten werden können, da beim Passieren der Grenze die Grenzbehörden berechtigt sind, das ganze Schiff und die Maschinen sowie alle Räume überhaupt, zu durchsuchen, abgesehen davon, daß die Besatzung verpflichtet ist, dabei behilflich zu sein, resp. die vorhandenen Schiffspläne vorzulegen. Als die Gesellschaft bei Tagesanbruch das Schiff, welches etwas vom Ufer entfernt war, mit dem Boote verlassen und noch vom Ufer Abschied genommen hatte, hat sich auch Kapitän Jung mit seinen Kadetten mit ihnen durch Zuwinken verabschiedet. Ein Matrose behauptete aber, erblickt zu haben, daß sowohl der Kapitän als auch der Kadett mit dem deutschen Gruß Abschied genommen

hätten, obwohl er bei einem auf Grund seiner Anzeige erfolgtem Verhör bei der Gesellschaft nur das bestätigen konnte, daß er sich dessen nicht sicher sei, ob beide die Hand hoch gehalten hätten, wie es beim deutschen Gruß üblich sei, da er nur das Heben der Hand gesehen habe. Was dann weiter war, hat er jedoch nicht mehr beobachtet. Der Kapitän wurde dann später bei einer Gelegenheit aus diesem Grunde gekündigt und der Kadett wurde strafweise für längere Zeit auf die untere Donau versetzt.

4. Das nächste Opfer war der Kapitän Gustav Schöbel, auch csl.Staatsbürger, deutscher Nationalität, welcher nach langjähriger Dienstzeit aus dem Grunde gekündigt werden mußte, da bei dem Zusammenbruche der Österreichischen Monarchie einer seiner Brüder in Österreich geblieben und dortselbst zum Offizier des Generalstabes ernannt worden war. Diese Tatsache allein hat die Polizeidirektion in Preßburg dazu veranlaßt, daß sie - dem Vernehmen nach auch auf das Betreiben des Dr. Gasperik, welcher in dieser Angelegenheit bei der Polizei selbst oft interveniert haben soll, ihm ein Dekret zustellen ließ, in welchem man ihm auf Grund des Staatsschutzgesetzes als "politisch unverläßlich" bezeichnete und er zufolge dieses Gesetzes das Unternehmen sofort verlassen mußte. Dieser Vorgang hat allgemein überrascht, da jedem Laien bekannt ist, daß ein Schiffskapitän auf der Donau, welcher fast ausschließlich sein ganzes Leben nur auf dem Wasser größtenteils im Auslande und verhältnismäßig sehr wenig in der Tschechoslowakei verbringt, keine militärischen Geheimnisse im Inlande erfahren und verraten kann. Dieser Kapitän war bei den Schiffsbesatzungen sehr beliebt und zeigt dieser Fall, wie die Staatsbürger zur Loyalität zum eigenen Staate erzogen wurden, sodaß sie sich erst im Auslande eine Existenz sichern mußten. Auch Kapitän Schöbel wurde, wie Jung, sofort bei einer ausländischen Schiffahrtsgesellschaft angestellt und liegt es an der Hand, daß er sich sicherlich über das in seiner Heimat herrschende System nicht lobenswert äußern wird.

5. Der Steuermann Augenhammer Karl, csl.Staatsbürger, (jetzt deutscher), deutscher Nationalität, wurde deswegen gekündigt, da er in Hainburg von seinem Kommandanten (auf einem Personenschiff) die Bewilligung bekommen hatte, am 21. Mai seine Verwandten dort zu besuchen und bei ihnen bis zur Rückkehr von Deutsch-Altenburg am gleichen Nachmittag zu verbleiben. Einige Chauvinisten haben darin - da es sich um den bekannten kritischen Tag gehandelt hätte - grundlos einen Spionageverdacht erblickt und die Anzeige erstattet. Der Kapitän wurde strafweise auf die untere Donau versetzt.

6. Karl Tyroch, der Schiffskapitän, csl.Staatsbürger, deutscher Nationalität, in Linz wohnhaft, wurde auch nur wegen seiner deutschen Nationalität nach langjähriger Dienstzeit entlassen.

7. Kapitän L. Vetter, ein Linzer polnischer Staatsbürger, welcher fast von allem Anfange, d. i. etwa vom Jahre 1920 in den Diensten der Dunajplavda gestanden ist, wurde unter höchst unwürdigen Umständen gekündigt. Dieser Kapitän, welcher den Eltern nach polnischer Staatsbürger war und die csl. Sprache vollkommen beherrschte, verhielt sich dem csl. Staate gegenüber schon mit Rücksicht, daß er Verwandte in Prag hatte, immer sehr loyal. Trotzdem wurde ihm lange Zeit hindurch das Schiffskommando abgenommen, was

9a
für ihn als verheirateten Menschen die Kürzung seiner Bezüge bedeutete. Im Jahre 1938 hat er von der Direktion eine Zuschrift bekommen, er möge sich um die csl.Staatsbürgerschaft bis zu einem bestimmten Termin bemühen, sonst werde er zum 31.12.1938 aus dem Dienste entlassen. Im Vertrauen auf diese schriftliche Mitteilung hat er alles in Bewegung gesetzt, um die csl.Staatsbürgerschaft zu bekommen, welches ihm auch für den Fall zugesprochen wurde, wenn er aus dem polnischen Staatsverbände entlassen würde. Zu seiner großen Überraschung hat die Direktion ihr schriftliches Versprechen nicht eingehalten und ihn ganz grundlos im Mai 1938 gekündigt. Die Folge war, daß er als 50jähriger, verheirateter Mann nicht nur die Existenz für immer verloren hatte, da er bei seinem Alter nirgends aufgenommen werden wird, sondern, daß auch die polnischen Behörden auf Grund seines Ansuchens festgestellt haben, daß ihm auch die polnische Staatsbürgerschaft nicht mehr zustehe. Jetzt steht er in der Welt als Staatenloser.

8. Olga F i a l a, csl.Staatsbürgerin, war als Tochter des gewesenen Agentievorstandes der DDSG in Theben bei der Dunajplavba jahrelang angestellt, wo sie die Fahrkarten für die Personenschiffahrt verkaufte. Als die Direktion der Dunajplavba in ihrem Dienstblatte einen Artikel über den Besuch von csl.Schulden durch die Kinder der Angestellten - was wir noch weiter erwähnen werden - publizieren ließ, hat diese Beamtin pflichtgemäß einige in Theben wohnende Familien der Angestellten der Dunajplavba auf diesen Artikel aufmerksam gemacht. Als jedoch dieses unglaubliche Vorgehen des Unternehmens sowohl in der deutschen Presse (Völkischer Beobachter, Die Zeit) als auch im deutschen Rundfunk und im Parlamente schärfstens kritisiert wurde, hat die Direktion einen Sündenbock in der Person dieser Beamtin gefunden. Diese - obwohl sie den Eltern nach ihr ganz bescheidenes Vermögen in Theben hatte und dort in eigenem Hause wohnte, wurde strafweise nach Preßburg versetzt und durch ein Fräulein aus Preßburg ersetzt, wobei beide jeden Tag auf ihren Posten fahren und die Fahrtauslagen selbst tragen mußten, andererseits beiden vom Unternehmen für eine bestimmte Zeit Diäten gezahlt werden mußten. Auch dieses Fräulein ist also politisch unverläßlich geworden, was noch dadurch bekräftigt werden mußte, daß der Ing. Droppa eine für ihre in Theben lebende verwitwete Schwester, welche dem Manne nach eine deutsche Staatsbürgerin ist, ausstellte und am Vormittage zugestellte Fraikarte für das Personenschiff noch am selben Tage abnehmen ließ.

9. Bei der Agentie in Beograd wurde wegen deutscher Nationalität der jugoslavische Staatsbürger und langjährige Diener Johann F r h a r d t gekündigt.

10. Bei der Agentie in Russe in Bulgarien wurde der langjährige Agentievorstand Wilhelm M ü l l e r gekündigt, der italienischer Staatsbürger (da in Triest geboren) jedoch deutscher Nationalität istwar.

11. In Galatz wurde der langjährige Agentievorstand Albert B o n d i, deutscher Staatsbürger deutscher Nationalität, wegen derselben gekündigt.

64

12. Kapitän Franz Hromádka, welcher durch lange Zeit ein Schiffskommando hatte und zuletzt bei der Direktion angestellt war als csl.Staatsbürger deutscher Nationalität, wurde unter dem Vorwande gekündigt, daß sein Gesundheitszustand das Weiterdienen nicht mehr zulasse, obwohl er den Schiffsdienst bei einer fremden Schifffahrt weiter versah.

13. Filip Perséol, Dampfersteuermann csl.Staatsbürger (nun als Thebener deutscher Staatsbürger) deutscher Nationalität, wurde gekündigt, nur wegen seiner Nationalität nach langer cca 15jähriger Dienstzeit beim Unternehmen, obwohl er einer der besten und charaktervollsten Streckensteuerleute war.

14. Pontonier Luttenberger Martin, früher csl., jetzt deutscher Staatsbürger (ein Thebener) deutscher Nationalität, wurde gekündigt, zwar unter dem Vorwande, seiner Augenkrankheit, in der Wirklichkeit jedoch wegen seiner deutschen Nationalität.

15. Josef Lanzerrits, ein Thebener, wegen seiner deutschen Nationalität unterdrückt, sah sich gezwungen, bei einem anderen Schifffahrtsunternehmen einen Posten zu sichern, obwohl er einer der Tüchtigsten vom Nachwuchs war.

16. Der der Direktion (nautische Abtg.) zugeteilte Schiffskapitän Ferdinand Zajicek, csl.Staatsbürger, deutscher Nationalität, wurde bis heute nicht in den Landdienst überführt, obwohl ernste Familiengründe und die langjährige Zuteilung dafür sprechen, wogegen junge ledige unerfahrene tschechische und slowakische Kapitäne in dieser Hinsicht mehr Glück hatten.

Wir haben bisher nicht jene Fälle aufgezählt, bei welchen die leitenden Herren der Direktion (Ing.Droppa, Sebera, Dr.Gasperik und Zavarsky) einzelne Angestellte unter verschiedenen Vorwänden jedoch in der brutalsten Weise verfolgt haben.

Es ist nicht möglich, sich in alle Details einzulassen, welchen Chikanen und sonstigen Verfolgungen auch andere Personen wegen ihrer deutschen oder ungarischen Nationalität ausgestellt wurden, oder deswegen, daß sie als Tschechen die Verhältnisse gerecht beurteilt und gelöst hatten. Sie wurden meistens bei der Beförderung oder Dienstverwendung geschädigt.

Es war insbesondere Dr.Gasperik, welcher sich nachweisbar ausgedrückt hatte, daß er es als seine heilige Pflicht betrachte, das Unternehmen von allen unverläßlichen Elementen zu säubern. Dabei hat er selbstverständlich in erster Reihe an alle Angestellten deutscher oder ungarischer Nationalität gedacht, was auch die vorerwähnten Fälle deutlich beweisen.

Es ist bekannt, daß sich Dr.Gasperik anlässlich einer rumänischen Reise vorgenommen hatte, die Loyalität einzelner in Rumänien zugeteilter Angestellten zu überprüfen. Zu diesem Zweck soll er sich verschiedenes erlaubt haben. Es wird erzählt, daß er die Bibliotheken der einzelnen Angestellten visitierte und ihnen den Mangel an loyalen Büchern vorgeworfen hatte. Er soll sich in späten Abendstunden - ohne Einladung - eigenmächtig in die Privatwohnung eines deutschen Beamten begeben haben, um sich über die Familienverhältnisse desselben, insbesondere über seine Frau, mit eigenen Augen zu überzeugen.

10a

Dr. Gasperik war es, welcher den Anlaß zu den erwähnten unzulässigen Schulerlaß der Direktion der Dunajplavba gegeben hatte, mit welchem den Angestellten deutscher und ungarischer Nationalität auferlegt werden sollte, ihre Kinder in die tschechischen oder slowakischen Schulen zu schicken und auf diese Weise ihre Entnationalisierung zu fördern.

Von Dr. Gasperik stammt auch die Idee, alle Angestellten unter eine Quasi-Polizeiaufsicht zu stellen, indem bei allen Land- und Schiffstellen Personen bestimmt wurden, welche regelmäßig über alle Angestellten, ja sogar über ihre Vorgewetzten berichten sollen. Auf diese Weise wird das Denunziantentum von den obersten Herren, selbstverständlich auch vom Herrn Ing. Droppa unterstützt, was nicht nur zu vollkommenem Mißtrauen bei den Angestellten, sowie im Verhältnisse des Vorgesetzten zum Untergeordneten, sondern auch zur Untergrabung der vollen Autorität führen muß, was sich auch deutlich bemerkbar machte. Kein Vorgesetzter traut sich heute nicht einzuschreiten, da er nicht weiß, ob er selbst nicht heimlich beschuldigt und zum Schluß noch bestraft wird. Es ist allgemein bekannt, daß Einzelne für diese Dienste noch auffallend belohnt werden, was böses Blut bei anderen treuen Diener hervorrufft. In der ganzen Öffentlichkeit wird darüber geklagt, daß die Moral und Disziplin unter dem Regime der Herren Droppa, Sebera und Dr. Gasparik und Kapitän Zavarsky sehr gesunken ist und daß Dunajplavba an ihrem guten Rufe sehr viel verloren hatte.

V. S c h l u ß b e m e r k u n g e n .

Wir könnten noch Beschwerden vom kommerziellen, organisatorischen und wirtschaftlichen Standpunkte vorbringen und dadurch auch den weiteren Beweis dafür führen, daß die derzeitigen leitenden Herren des Unternehmens: Ing. D r o p p a , S e b e r a , Dr. G a s p e r i k und Z a v a r s k y dem Staate, den Slowaken und dem Unternehmen mehr schaden als nützen. Es ist uns leider nicht möglich, dies bei dieser Gelegenheit gründlich zu erörtern. Wir müssen jedoch folgendes betonen:

1. Es ist klar, daß der Ing. Droppa in der Funktion eines Generaldirektors eine ganz unfähige Person ist und es ist zu bedauern, wenn er sich durch einen sehr engen Kreis von ihm gewählter Mitarbeiter (Sebera, Zavarsky und Dr. Gasperik), welche dazu weder die moralische noch fachmännische Qualifikation besitzen.

2. Es ist bekannt, daß Ing. Droppa nichts ohne Beratung und Übereinstimmung des Herrn Sebera unternimmt und alles - wenn es auch unmoralisch ist - macht, was dieser Herr wünscht. Diese Verbindung zwischen den beiden Herren ist auch in den Kundenkreisen der Gesellschaft und bei den anderen Schiffahrtsgesellschaften, sowie bei den Angestellten sehr auffallend, insbesondere, wenn man bedenkt, was für eine Vergangenheit Herr Sebera hinter sich hat. Man spricht öffentlich davon, daß Ing. Droppa irgendwie dem Herrn Sebera ganz verpflichtet sei und daher alles machen muß, was sich dieser allmächtige Herr wünscht.

63

3. Es ist bekannt, daß es weder Dr. Gasperik noch Herr Sebera zulassen, daß Ing. Droppa freundschaftliche, wenn auch nur dienstliche Beziehungen mit anderen Vorständen und Angestellten unterhält, und daß sie gegen alle rücksichtslos intrigieren.

4. Es ist bekannt, daß bei der Direktion unter den Angestellten selbst auch auf den Schiffen die größte Unzufriedenheit gegen diese Herren herrscht, welche ihnen zwar viel versprochen hatten, ihr Versprechen jedoch nicht eingehalten haben und welche nur durch den Umstand geschützt werden, daß Ing. Droppa und Dr. Gasperik slovak. Protestanten sind und Sebera sich für einen Slowaken ausgibt, obzwar er Tscheche ist.

5. Es ist bekannt, daß die vorerwähnten obersten Herren ihre Posten nur im Protektionswege des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Hodza und bestimmter politischer Kreise, sowie durch unehrliches Beschmutzen der verdienten Personen der früheren Leitung und durch die Unterstützung des unglücklichen Polizeiregimes bekommen haben.

6. Was die Personen des Herrn Sebera betrifft, ist es allgemein bekannt, daß

a) er mit schweren Beschuldigungen aus der Zeit seiner Tätigkeit bei der Agentie der Gesellschaft in Novi Sad, wo große Veruntreuungen verübt wurden, beschuldigt ist, welche Beschuldigungen selbst in unserem Parlament, jedoch erfolglos vorgebracht wurden.

b) Sebera bisher keinerlei Bestreben gezeigt hatte, sich von diesen Beschuldigungen zu bereinigen.

c) Sebera bei verschiedenen unerlaubten Manipulationen betroffen wurde

d) er dem Revisionsorgane der Gesellschaft die Einsicht in die Kassabücher solange verweigert hatte, bis der inzwischen eingetroffene Kassier mit ihm alles "in Ordnung" gebracht hatte.

e) das alles dem Ing. Droppa sehr gut bekannt ist und trotzdem mit Sebera ein inniges und daher verdächtiges Verhältnis unterhält.

Ist es überhaupt möglich, daß ein solcher Herr, welcher Teilnahme an den Veruntreuungen beschuldigt wird, das Recht besitzt, in dem ganzen Unternehmen der höchste Befehlshaber zu sein und das Unternehmen bei den verschiedenen Konferenzen zu vertreten?

7. Es ist auch bekannt, daß Sebera als Vorstand der Organisationsabteilung der Direktion ein destruktives Element ist. Während seiner bisherigen Tätigkeit konnte er sich mit keinem Positivum ausweisen, im Gegenteil durch seine eigenmächtigen und von Ing. Droppa unterstützten Eingriffe in die Kompetenz der anderen Vorstände, welche bedeutend höher gestellt sind, wurde dem Unternehmen schon großer Schaden zugefügt.

Wie aus dem Vorgesagten ersichtlich, war die gegenwärtige Leitung immer bestrebt, die deutschvölkischen Angestellten auf brutalste Weise zurückzusetzen und besteht die berechtigte Besorgnis, daß das bisherige System auch weiterhin gehandhabt werde.

11a

Nach allem, was wir geschildert haben und was wir nachweisen können, müssen wir nicht nur als Steuerträger, welche an der Ordnung im Staatsunternehmen ein großes Interesse haben, sondern auch als Vertreter der deutschen Volksgemeinschaft, verlangen:

- 1. daß allen, die in die Untersuchung einbezogenen Beschuldigten die Gelegenheit gegeben wird, sich ordentlich zu verantworten und volle Genugtuung zu bekommen,
- 2. daß die gegenwärtig in den Diensten des Unternehmens stehenden deutschen Angestellten ihren Fähigkeiten entsprechend verwendet, ihre Leitungen ebenso wie die der Bevorzugten (oft nur auf Grund verwandtschaftlicher oder parteipolitischer Verbindungen) entlohnt werden und ihr Dienstverhältnis sowie der deutsche Arbeitsplatz gesichert sei,
- 3. daß die geschilderten Mißstände gründlich abgeschafft werden.

Preßburg, am 8. Dezember 1938.

F.d.R.d.A.

Handwritten signature

... Ist es überhaupt möglich, daß ein solcher Herr, welcher Teil-
 name an den Veruntreuungen beschuldigt wird, das Recht besitzt,
 in dem ganzen Unternehmen der höchste Befehlshaber zu sein und das
 Unternehmen bei den verschiedensten Konferenzen zu vertreten?
 7. Es ist auch bekannt, daß Seberr als Vorstand der Organi-
 sationsabteilung der Direktion ein destruktives Element ist. Während
 seiner bisherigen Tätigkeit konnte er sich mit keinem Positionum aus-
 weisen, im Gegenteil durch seine eigenmächtigen und von Ing. Droppa
 unterstützten Eingriffe in die Kompetenz der anderen Vorstände,
 welche bedeutend höher gestellt sind, wurde dem Unternehmen schon
 großer Schaden zugefügt.
 Wie aus dem Vorgesagten ersichtlich, war die gegenwärtige
 Leitung immer bestrebt, die deutschstämmigen Angestellten auf pro-
 tatistische Weise zurückzusetzen und besteht die persönliche Besorgnis,
 daß das bisherige System auch weiterhin gehandhabt werde.